Anregung zur Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung

Absender:
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Telefon.:
E-Mail:
Amtsgericht Betreuungsgericht -

Anregung zur Einrichtung einer rechtlichen Betreuung
□ Bestellung eines vorläufigen Betreuers/einer vorläufigen Betreuerin.
Ich rege an, gemäß § 1814 BGB einen Betreuer zu bestellen für:
(Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort)
(Geburtsname, Familienstand)
(genaue Anschrift)
(derzeitiger Aufenthalt)
(Telefon, Fax, Email-Anschrift)
Der Aufgabenkreis des Betreuers soll umfassen:
☐ die Gesundheitssorge
 □ die Aufenthaltsbestimmung □ die Entscheidung über unterbringungsähnliche Maßnahmen
□ die Entscheidung über die geschlossene Unterbringung□ die Vermögenssorge

 □ die Wohnungsangelegenheiten □ die Entgegennahme, das Öffnen und das Anhalten der Post □ Vertretung gegenüber Ämtern, Behörden, Sozialversicherungsträgern □
Für das Amt des Betreuers schlage ich vor:
□ den/die Antragssteller/in
□ (Name, Vorname, Geb.Datum, Anschrift, Telefon, persönlicher Bezug zu der betroffenen Person)
□ Die vorgeschlagene Person ist über den Vorschlag informiert und damit einverstanden.
□ Die Auswahl des Betreuers wird dem Gericht überlassen.
Es besteht ein Bedürfnis dafür, die genannten Angelegenheiten einem Betreuer zu übertragen, da der Betroffene diese nicht (mehr) selbst besorgen kann wegen:
 □ Bewegungsunfähigkeit □ Verwirrtheitszuständen □ sonstiger körperlicher/geistiger Behinderung □ Persönlichkeitsveränderungen, z.B. □ Auffälligkeiten im Umgang mit Vermögen, z.B.
Die Hausärztin/der Hausarzt ist meines Wissens:
Ein ärztliches Gutachten
Die nächsten Angehörigen sind: (jeweils mit genauer Anschrift und Telefonnummer)
Ehepartner:
Eltern:
Kinder
(mit Geburtsdatum und Altersangabe)
Geschwister:
(Angaben nur dann erforderlich, wenn keine Ehefrau oder Kinder vorhanden.

□ Die genannten Angehörigen sind mit einer Betreuung und der Person des vorgeschlagenen Betreuers einverstanden.
□ mit Ausnahme von
Der Betroffene □ hat keine Kenntnis von dieser Anregung. □ hat Kenntnis von dieser Anregung und ihr zugestimmt. □ hat Kenntnis von dieser Anregung und ihr nicht zugestimmt. □ kann sich zu dieser Anregung nicht äußern.
Eine Verständigung mit d. Betroffenen □ ist möglich. □ ist bedingt möglich. □ ist nicht möglich
Die Angelegenheit ist eilbedürftig , weil
$\hfill\Box$ die Verlegung d. Betroffenen in ein Alten- und Pflegeheim geprüft und organisiert werden muss.
□ über die Durchführung ärztlicher Maßnahmen, insbesondere
entschieden werden muss.
Soweit mir bekannt ist, bestehen folgende Vollmachten: Bankvollmacht Vorsorgevollmacht Betreuungsverfügung Patientenverfügung
□ Diese sind dem Antrag beigefügt.
Der Betroffene kann zur Anhörung bei Gericht □ kommen □ nicht kommen.
Ein Anhörungstermin und/oder Untersuchungstermin kann vermittelt werden durch:
(Ort, Datum, Unterschrift)